

Handout zum Pressegespräch

7. Juli 2021

Gegen den Stillstand bei Wirtschaft, Klima-, Umweltschutz und Verkehr

PRESSEKONTAKT
Andreas Hahn

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

0211.884-28 08
andreas.hahn@landtag.nrw.de

Unser Plan für eine nachhaltige Wirtschaft, einen sozialen und ökologischen Klima- und Umweltschutz sowie eine gerechte Mobilitätswende in NRW

Ausgangslage – mehr Schein als Sein:

- Die Amtszeit des Kabinetts Laschet neigt sich dem Ende, und die Landesregierung betreibt fleißig Selbstbeweihräucherung. Sie rühmt sich für ihre Entfesselungspakte, die konjunkturelle Erholung, Fortschritte in der Digitalisierung, den Ausbau der Erneuerbaren, oder das Erreichen der Klimaziele.
- Bei genauem Hinsehen aber bestehen diese Behauptungen nur selten den Faktencheck. Ein paar Beispiele:
 - Tatsächlich war die **ökonomische Entwicklung** bei weitem nicht so rosig wie die Landesregierung sie gerne darstellt: So lag das Wirtschaftswachstum 2019 (also vor der Coronakrise!) bei lediglich 0,1% und somit deutlich unter dem Wert von 2017 (2,5%).
 - Die **Fakeshow der Entfesselungspakete** hat keinen nachweisbaren Effekt erzielt: Die Landesregierung verweist dabei allein auf eine selbst in Auftrag gegebene Studie. Darin wurden in 39 Fragerunden fast ausschließlich Beamte des Landes sowie Vertreter von Unternehmensverbänden befragt. **Das ist, als ob man die Fanclubs des FC Bayern fragt, was sie vom FC Bayern halten.**
 - Die konjunkturelle Erholung verdankt NRW überwiegend dem Eingreifen des Bundes. **So stammen von den 9,3 Mrd. direkter Hilfen für die Unternehmen in NRW 90% aus dem Haushalt des Bundes.**

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Hinzu kommen 6,2 Mrd. Euro Kurzarbeitergeld, die zwischen März 2020 und April 2021 nach NRW geflossen sind.
- Bundesweit hat der Bund 2020 mehr als 170 Mrd. Euro (über 5% des BIP) ausgegeben. Das (!) hat die Wirtschaft belebt und das Geschäftsklima stabilisiert.
- Angesichts dieser Zahlen wirkt der Mittelabfluss von 5,3 Mrd. (0,76% des BIP NRW) aus dem NRW-Rettungsschirm wenig beeindruckend. Insbesondere wenn man bedenkt, dass ein Großteil davon nicht konjunkturrelevant war. **So nutzte die Landesregierung den Rettungsschirm u.a. dafür, um sich selbst 2,93 Mrd. Steuerausfälle zu erstatten.**
- Die **Zahl der Existenzgründungen ist 2020 enorm zurückgegangen** – und das deutlich stärker als in vielen anderen Ländern. Der Rückgang lag insgesamt bei 14,7%, nur drei Länder hatten einen schlechteren Wert zu verzeichnen.
- **Die Regierung Laschet hat den Windenergieausbau in NRW zurückgefahren.** Allein 2017 wurden noch 323 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von insgesamt 900 MW in NRW fertig gestellt. Schwarz-Gelb kommt in den Jahren 2018, 2019 und 2020 zusammen auf nur 244 Anlagen mit 793 MW Leistung.
- Aufgrund der Rechtslage im Bund war die Landesregierung gezwungen, ihre Klimaziele anzupassen. Eine Studie im Auftrag des Landesverbandes Erneuerbare Energien zeigt jedoch auf, dass **durch die 1.000-Meter Regel in NRW so viel potenzielle Fläche für Windkraft verloren geht, dass die Landesregierung weder ihre selbst gesteckten Ausbauziele (10,65 Gigawatt Windenergie an Land bis 2030) erreicht**, noch auch nur in die Nähe der Ausbaumengen kommt, die zur Erreichung der Klimaschutzziele für NRW erforderlich wären.

Was wir wollen:

- **Wir wollen das Land modernisieren und so die Gute Arbeit von morgen gestalten:** mit **starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern** und mit einem **aktiven, handlungsfähigen Staat**, der die Herausforderungen der Zukunft wie den Klimaschutz und eine demokratische Digitalisierung unserer Wirtschaft vorantreibt.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Dazu setzen wir auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, sozialen und ökologischen Klima- und Umweltschutz sowie eine gerechte Mobilitätswende in NRW.

- Vier Bausteine stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Ein **Stabilitätsfonds für die Wirtschaft** in Höhe von 30 Mrd. Euro. So wollen wir den Unternehmen das dringend benötigte Kapital zur Verfügung stellen, damit diese ihre Produktionsprozesse klimaneutral umstellen können. **Der Staat bietet über einen solchen Fonds geldiges und freundliches Eigenkapital für private Unternehmen an.** Er setzt dann nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern ist durch Beteiligungen an Unternehmen selbst daran interessiert, dass der Klimaschutz wirtschaftlich erfolgreich funktioniert. Und er schützt auch vor Ausverkauf und Übernahmen. Eine doppelte Sicherheit für Unternehmen und Beschäftigte.
2. Ein **ökologischer Stadtumbau** für echte und verbindliche Klimaanpassung. Unser Ziel: **1.000 Stadtquartiere sollen in den nächsten fünf Jahren klimagerecht umgebaut werden.** Dazu müssen in den Städten und Gemeinden 1.000 Quartierskonzepte erarbeitet und in 1.000 Quartieren ein nachhaltiges 5-jähriges Quartiersmanagement installiert werden. Träger dieses Prozesses sollen die Städte und Gemeinden sein. Als Beispiel dafür dient das erfolgreiche Projekt Innovation City in Bottrop.

Die Finanzierung soll zu 75% über die KfW erfolgen, das Land übernimmt 20%, die Städte und Gemeinden jeweils 5%. Die zentralen Handlungsfelder liegen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Energieversorgung und Begrünung.

3. Ein **Ausbau der Erneuerbaren Energien**, indem ausreichend Fläche bereit- und eine bessere Beteiligung vor Ort (Vorbild Münsterland) sichergestellt wird. Das sichert die 20.000 Arbeitsplätze der Windindustrie in NRW und schafft Perspektive für weitere Jobs. **Um die Klimaziele in NRW zu erreichen, brauchen wir einen jährlichen Zubau von mindestens 900 Megawatt Windleistung (ca. 200 Windräder netto Zubau!) pro Jahr bis 2030.** Hinzu kämen noch 1.100 Megawatt notwendige Solarenergie. Um die Akzeptanz vor Ort zu verbessern, schlagen wir neben der verstärkten Beteiligung vor Ort auch einen **Flächendeckel von 10% der Potenzialfläche für Windkraft in den Kommunen** vor. Die unsinnigen Abstandsregeln für Windkraft wollen wir wieder abschaffen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Das Bundesrecht erlaubt flexible, ortsgerechte Abstandsregeln. Des Weiteren müssen geringwertige Wald- und Landwirtschaftsflächen stärker für den Ausbau von Erneuerbaren Energien genutzt und die Genehmigungsbehörden der Kommunen personell verstärkt werden, um Verfahren zu beschleunigen.

4. Ein erheblicher **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Bereich ÖPNV/SPNV sowie Radverkehr**. Eine umfassende und nachhaltige Verkehrswende für mehr Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Anteile der Verkehrsträger deutlich verändert werden. Das bedeutet mehr Personen- und Güterverkehr auf der Schiene, mehr Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen, mehr ÖPNV/SPNV und mehr Radverkehr. Dazu soll die Finanzierung des ÖPNV/SPNV gestärkt werden.

Das Land muss deutlich mehr Eigenmittel investieren und darf sich nicht mehr auf die Durchleitung von Bundesmitteln beschränken (ca. 90%). Die auskömmliche Finanzierung muss attraktive und verlässliche Mobilitätsangebote ermöglichen und deren Bezahlbarkeit für alle Menschen sichern. Dazu gehört auch die angemessene tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ÖPNV/SPNV-Unternehmen. Darüber hinaus muss die zugehörige Verkehrsinfrastruktur erheblich ausgebaut werden.

Die Förderung des Radverkehrs muss aus dem Dornröschenschlaf heraus. Der Ausbau der Radschnellwege erfolgt seit Jahren im Schneckentempo. Radverkehr muss Chefsache werden. **Es braucht eine Stabsstelle Radverkehr bei der Landesregierung**. Das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz muss über den deklaratorischen Charakter hinaus zu einem verbindlichen Leistungsgesetz werden.

Die Staubekämpfung fängt bei intakten Brücken an. Die Politik von Verkehrsminister Wüst besteht hier in der Verkündung schlechter Nachrichten, siehe Leverkusener Rheinbrücke oder Emschertalbrücke A43. **Wir brauchen ein Frühwarnsystem für die wichtigsten Brücken und eine frühzeitige Information von betroffenen Kommunen, Anwohnern, Pendlern und Wirtschaft**, um entsprechende Notfallkonzepte und Umfahrestrecken für die Sperr-, Reparatur- und Neubauzeiten rechtzeitig organisieren zu können.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.